Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7212**

16. Wahlperiode 15. 11. 2007

Große Anfrage

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Hans-Josef Fell, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zur China-Politik der Bundesregierung

Die Entwicklung Chinas wird in großen Teilen der Welt mit einer Mischung aus Angst, Besorgnis und gleichzeitig ungeheuren Hoffnungen beobachtet. Fragen von wirtschaftlichem Wettbewerb, drohenden Konflikten um Ressourcen, der mangelhaften Lage von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie Chinas zukünftiger Rolle in einem multilateralen Machtgefüge stellen große Herausforderungen nicht nur an westliche Staaten. Die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brachte zuletzt im Juli 2007 eine Große Anfrage zur Menschenrechtslage im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele 2008 in Bejing (Bundestagsdrucksache 16/6175) ein.

Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel reiste vor kurzem zum zweiten Mal in ihrer Amtszeit nach China und erklärte wiederholt die Bedeutung des Landes für die Bundesrepublik Deutschland. Entscheidend ist jedoch neben gutem _Willen und der grundsätzlichen Bereitschaft zur Kooperation ein umfassendes, abgestimmtes und konsistentes China-Konzept.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte

1. Wo sieht die Bundesregierung die größten Fortschritte im Bereich der Menschenrechte in China?

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Konsequenzen der Verfassungsänderung von 2004, in der in Artikel 33 der Satz aufgenommen wurde, dass der Staat die Menschenrechte respektiert?

   a) Bedeutet dies eine unmittelbare Bindung aller Staatsgewalt an die Grundrechte?

   b) Kann sich der oder die Einzelne darauf berufen?

   c) Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich die Fortschritte Chinas im Bereich des Aufbaus rechtsstaatlicher Strukturen, gerade auch vor dem Hintergrund der bisherigen Verfassungsentwicklung?

3. Welche Veränderung der Menschenrechtslage findet derzeit in China im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Olympiade 2008 statt?

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der Tibeterinnen und Tibeter?

   a) Welche Rechte zur Selbstbestimmung umfasst der Status als autonome Region?

   b) Welche Möglichkeiten der politischen Teilhabe haben Tibeterinnen und Tibeter?

   c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten des Zugangs zu Bildung für Tibeterinnen und Tibeter?

   d) Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftliche Situation Tibets?

   e) Sieht die Bundesregierung positive Entwicklungen, was den Respekt und die Anerkennung der tibetischen Kultur und Lebensweise von Seiten insbesondere der chinesischen Regierung betrifft?

   f) Welche Rechte von Tibeterinnen und Tibetern beurteilt die Bundesregierung als eingeschränkt?

   g) Wie beurteilt die Bundesregierung den derzeitigen Stand der Dialoge zwischen der chinesischen Regierung und der tibetischen Exilregierung?

   h) Welche Auswirkungen hat nach Einschätzung der Bundesregierung die Mitteilung, die chinesischen Behörden wollten zukünftig über die Anerkennung von reinkarnierten tibetischen Lamas selbst entscheiden?

   i) Inwieweit kommen nach Einschätzung der Bundesregierung die chinesischen Projekte der Entwicklung der westlichen Region Tibets dem tibetischen Volk zugute?

   j) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen des Baus der Bahnlinie nach Lhasa für Tibet?

   k) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Sprengung einer Buddha-Statue von chinesischen Einsatzkräften nahe des Berges Kailash, und wenn ja, wie hat die Bundesregierung gegenüber der chinesischen Regierung auf diese Sprengung reagiert?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der muslimischen Minderheit der Uiguren in der Autonomen Region Xinjiang?

   a) Welche Möglichkeiten der politischen Teilhabe durch Vertreterinnen und Vertreter auf zentraler Ebene gibt es?

   b) Wie hat sich ihre Lage bzw. das Verhalten der chinesischen Regierung dieser Minderheit gegenüber seit dem 11. September 2001 geändert?

   c) Gegen welche Gruppen in Xinjiang erhebt die chinesische Regierung die Vorwürfe des Separatismus und terroristischer Aktivitäten?

   d) Wie beurteilt die Bundesregierung generell die Diskriminierungen, denen die Uiguren heute in China ausgesetzt sind?

   e) Welche Möglichkeiten zur freien Religionsausübung haben die Uiguren?

   f) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten eines Zugangs zu Bildung für die Kinder von Uiguren?

   g) Kommt es nach Erkenntnis der Bundesregierung zu besonders vielen Todesurteilen gegenüber Uiguren?

6. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die chinesische Regierung bei der Armutsbekämpfung in China?

   a) Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung die Zahl der Menschen in China, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben müssen?

b) Welche Regionen sind von Armut besonders betroffen, in welchen Regionen stagniert eine Entwicklung, und wo liegen jeweils die Ursachen?

c) Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Entwicklung auf dem Land, welches sind dort ggf. die größten Entwicklungshemmnisse?

7. Wann ist nach Einschätzung der Bundesregierung mit der Ratifizierung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte zu rechnen, die China vor ihrer Wahl in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (VN) zugesichert hatte?

8. Wie wird im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs die ausstehende Ratifikation von ILO-Konventionen (ILO – International Labour Organization) behandelt?

9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Umsetzung der seit 2007 bestehenden Notwendigkeit der abschließenden Überprüfung aller Todesurteile durch das Oberste Volksgericht?

   Hat dies zu einem Rückgang von Todesurteilen geführt?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Umsetzung der 2006 erlassenen Bestimmung, die den Kauf und Verkauf von menschlichen Organen ohne Vorliegen der schriftlichen Einwilligung der Spenderin oder des Spenders untersagt?

11. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über das Ausmaß von Kinderarbeit in China, bezogen auf Sektoren?

    a) Welche gesetzlichen Regelungen bestehen in China zum Verbot von Kinderarbeit?

    b) Wie beurteilt die Bundesregierung das Problembewusstsein der chinesischen Regierung und der Gesellschaft im Zusammenhang mit Kinderarbeit?

    c) Gibt es verstärkte chinesische Initiativen zur Überwachung der gesetzlichen Verbote von Kinderarbeit?

    d) Liegen der Bundesregierung Informationen vor, dass Kinderarbeit auch in Betrieben existiert, die für den Export produzieren?

12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der Frauen in China?

    a) Welches sind nach Einschätzung der Bundesregierung die größten Probleme für Frauen heute in China?

    b) Wie beurteilt die Bundesregierung Vorwürfe von Nichtregierungsorganisationen, es komme immer wieder zu Zwangsabtreibungen?

    c) Gibt es ein geschlechtsspezifisches Einkommensgefälle, und wenn ja, nimmt dieses in den letzten Jahren ab?

    d) Inwieweit und mit welchen Maßnahmen geht die chinesische Regierung aktiv gegen eine Diskriminierung von Frauen vor?

    e) Wie beurteilt die Bundesregierung die Bildungssituation von Mädchen, gibt es hier eine Diskriminierung beim Zugang zu Bildung?

13. Inwieweit ist die freie Religions- und Glaubensausübung außerhalb des staatlich kontrollierten Rahmens heute in China möglich?

    a) Gegen welche Glaubensgruppen richten sich mögliche Repressionen?

    b) Welchen Repressionen sind christliche Kirchen, insbesondere die so genannte Untergrundkirche, ausgesetzt?

c) Welches Ausmaß nimmt die Verfolgung von Falun Gong Anhängerinnen und Anhängern ein?

d) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Existenz vermeintlicher Straflager für Falun Gong Anhängerinnen und Anhänger, in denen diesen gezielt Organe zum Verkauf entnommen werden sollen?

14. Nehmen nach Erkenntnis der Bundesregierung die Repressionen der chinesischen Regierung gegenüber Journalistinnen und Journalisten, Publizistinnen und Publizisten sowie Internetnutzerinnen und -nutzern weiter zu, wie von amnesty international behauptet?

15. Welche Folgen für die Meinungs- und Pressefreiheit hat nach Einschätzung der Bundesregierung die Tatsache, dass es in China immer mehr Zeitungen und Zeitschriften gibt, die wirtschaftlich tätig sein müssen?

16. Welche Bedeutung hat die Reform des Mediensektors einschließlich des Fernsehens?

17. In welchem Umfang erfolgt derzeit eine Beschränkung des Internets in China, und inwiefern tragen Firmen wie Google und Yahoo mit technischen Mitteln zur Zensur des Internets bei?

18. Wie beurteilt die Bundesregierung die rechtlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit der Gründung und Führung von Nichtregierungsorganisationen?

    a) Welche Bedingungen bestehen für die Registrierung von Nichtregierungsorganisationen?

    b) Wann rechnet die Bundesregierung mit der Verabschiedung eines neuen Vereinsrechts in China?

19. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Existenz und Anzahl von so genannten Umerziehungslagern (Laogai)?

    a) Wie viele Häftlinge befinden sich derzeit schätzungsweise in solchen Lagern?

    b) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, dass die chinesische Regierung in naher Zukunft einen Zugang von VN-Beauftragten und/oder Beauftragten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes zu diesen Lagern gewähren wird?

20. Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der sozialen Grundrechte in China?

    a) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Arbeitslosigkeit in China?

       Welche Regionen sind besonders betroffen?

       Welche Arbeitsfelder sind besonders betroffen?

    b) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über das Ausmaß sozialer Unruhen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in chinesischen Betrieben?

       Welches sind nach Einschätzung der Bundesregierung die Hauptursachen solcher Unruhen?

    c) Wie hoch ist der Anteil der Erwerbstätigen in China mit einer Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung?

d) Welches Ausmaß hat das Problem der Zwangsarbeit in China nach Einschätzung der Bundesregierung?

Welche Branchen sind hier besonders betroffen?

Bemühen sich Zentralregierung und lokale Regierungsstrukturen nach diesen Fällen verstärkt um Ermittlungen gegen Unternehmen und Betriebe, die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter beschäftigen?

e) Liegen der Bundesregierung Informationen vor, ob in Zwangsarbeit produzierte Güter auf den europäischen Markt gelangen?

21. Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern?

a) Gab es in den letzten Jahren rechtliche Verbesserungen ihrer Situation?

b) Welchen Diskriminierungen sind sie insbesondere ausgesetzt?

c) Wie ist der Prozentsatz der Wanderarbeiterinnen und -arbeiter, die keinen Zugang zur solidarischen Krankenversicherung haben?

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten eines Zugangs für Bildung für die Kinder von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern?

d) Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung die Zahl der schulpflichtigen Kinder von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern, die keine Schule besuchen?

e) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Probleme bei der Registrierung bzw. über Schließungen privat organisierter Schulen für die Kinder von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern?

f) Sieht die Bundesregierung hinsichtlich der Schließung solcher Schulen in Bejing einen Zusammenhang mit den bevorstehenden Olympischen Spielen?

22. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Verletzung von Rechten chinesischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch in China tätige internationale Konzerne?

23. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Abschiebung nordkoreanischer Flüchtlinge von China zurück an Nordkorea und die Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)?

24. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Vorwürfe von amnesty international, es komme von chinesischer Seite immer wieder zu Misshandlungen von nach China geflüchteten Nordkoreanerinnen, darunter systematische Vergewaltigungen und Zwangsprostitution?

25. Welche menschenrechtlichen Auswirkungen hat nach Einschätzung der Bundesregierung das Verhalten von chinesischen (Staats-)Unternehmen vor allem in Konfliktgebieten auf dem afrikanischen Kontinent?

26. Wo liegen aus Sicht der Bundesregierung wesentliche Unterschiede zwischen chinesischen (Staats-)Unternehmen und Unternehmen aus anderen Teilen der Welt bei der Einhaltung von menschenrechtlichen und ökologischen Standards?

27. Welche Auswirkungen hat nach Einschätzung der Bundesregierung die Entwicklungszusammenarbeit Chinas mit Ländern, mit denen auch die Bundesrepublik Deutschland Entwicklungszusammenarbeit durchführt, auf die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung gegenüber diesen Drittländern?

28. Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg des deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialogs, wo sieht sie Verbesserungsmöglichkeiten dieses Instrumentes?

    Wann ist nach der chinesischen Absage des anstehenden Dialogs im Dezember 2007 mit einem neuen Termin für die nächste Dialogrunde zu rechnen?

29. Wie beurteilt die Bundesregierung das zwischen Deutschland und China laufende Rechtskooperationsprogramm?

    a) Wo sieht die Bundesregierung den Schwerpunkt der Arbeit für dieses Programm in den kommenden Jahren?

    b) Welche Bereiche im Rahmen der Rechtskooperation sind für die chinesischen Partnerinnen und Partner von größtem Interesse?

    c) Wo besteht aus deutscher Sicht der noch größte Beratungsbedarf?

    d) Wie beurteilt die Bundesregierung die Koordinierung der deutschen Rechtskooperation mit anderen ausländischen Partnerinnen und Partnern Chinas in diesem Bereich?

    e) Welche Gesetzgebungsverfahren sind aus Sicht der Bundesregierung im Rahmen der chinesischen Gesetzesreformen noch nicht vollendet?

    f) Welche Fortschritte gibt es hinsichtlich der Umsetzung von Gesetzen, wo liegen die größten?

    g) Wie beurteilt die Bundesregierung Fortschritte beim Aufbau der Justiz?

    h) Wie beurteilt die Bundesregierung die Richterinnen- und Richterausbildung, sowohl was Jungrichterinnen und -richter, als auch was die Fortbildung von Altrichterinnen und -richter betrifft?

30. Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs, und wo sieht die Bundesregierung Verbesserungsmöglichkeiten dieses Instrumentes?

31. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung chinesische Bemühungen im Kampf gegen Korruption?

    a) Welche Maßnahmen der chinesischen Regierung sind aus Sicht der Bundesregierung im Kampf gegen die Korruption Erfolg versprechend?

    b) Wo liegen die größten Schwierigkeiten bei der Korruptionsbekämpfung?

    c) Schaden die Korruptionsskandale langfristig der Legitimität der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) in der Bevölkerung?

32. Wie diskutiert die Bundesregierung mit der chinesischen Regierung Fragen von politischer Teilhabe der chinesischen Bevölkerung?

    a) Wird dieses Bedürfnis artikuliert, und wenn ja, wie?

    b) Mit welchen Maßnahmen plant die Regierung, Möglichkeiten für größere politische Teilhabe der Bevölkerung zu schaffen?

    c) Werden gegenüber der Bundesregierung auch Fragen der staatsorganisatorischen Machtstruktur zwischen Zentralregierung und lokalen Regierungen erörtert?

       Mit welchen Maßnahmen versucht die Zentralregierung, ihre Kontrollmöglichkeiten auf lokaler Ebene zu gewährleisten?

33. Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg des durchgeführten EU-Projektes zu Dorfwahlen in China?

34. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung von Patent- und Markenrechten und dem Schutz geistigen Eigentums in China?
    a) Wo liegen aus ihrer Sicht die größten Probleme bei der effektiven Schutzgewährung?
    b) Wie beurteilt die Bundesregierung die Haltung der chinesischen Regierung zu diesem Thema, ist sie der Meinung, dass die chinesische Regierung alles in ihrer Macht Stehende tut, um den Schutz geistigen Eigentums in China zu stärken?
    c) Welche Erfolge hat im Austausch zu diesem Thema der diesjährige deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog zu verzeichnen?
35. Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung der jährliche Schaden deutscher Unternehmen durch Verletzung ihrer geistigen Eigentumsrechte in China?
36. Welche Folgen wird nach Einschätzung der Bundesregierung die verstärkte Entwicklung neuer Technologien und Produkte in China selbst auf den dortigen Schutz geistigen Eigentums mittelfristig haben?
37. Welche Erwartungen knüpft die Bundesregierung an die im Rahmen des Heiligendamm-Prozesses mit China vereinbarte Debatte über Fragen des geistigen Eigentums?
38. Welchen Stellenwert haben die Diskussionen zum Schutz geistigen Eigentums im Rahmen der EU-China-Verhandlungen über ein Rahmenabkommen?
39. Sind der Bundesregierung Hinweise der chinesischen Seite bekannt, dass die bestehenden Regeln des Abkommens zum Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS) die medizinische Versorgung in China negativ beeinflussen?
40. Sind der Bundesregierung Hinweise der chinesischen Seite bekannt, dass die bestehenden Regeln des Abkommens zum Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS) den Technologietransfer für Umweltgüter negativ beeinflussen?
41. Inwieweit ist geplant, dass Deutschland sich auch im Bereich awareness raising zum Komplex Schutz geistigen Eigentums einbringt?

II. Sicherheitspolitik

42. Wie schätzt die Bundesregierung auch angesichts der Gefahr einer weltweiten nuklearen Proliferation die militärische Modernisierung/Aufrüstung Chinas ein?
    a) Welche Intention verfolgt China nach Ansicht der Bundesregierung auf militärischem Gebiet?
    b) Welchen Umfang hat nach Einschätzung der Bundesregierung der chinesische Verteidigungshaushalt?
    c) Wie schätzt die Bundesregierung Chinas nukleare Aufrüstung ein?
    d) Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung von Expertinnen und Experten, dass die chinesische Aufrüstung insbesondere dem Zweck diene, die USA von einer militärischen Unterstützung Taiwans im Konfliktfall abzuhalten?

43. Aus welchen Ländern bezieht China nach Kenntnis der Bundesregierung Waffenlieferungen und Rüstungstechnologie?
    a) Um welche Waffen/Rüstungstechnologien ging es dabei?
    b) In welcher Größenordnung hat China in den letzten Jahren Waffen und Rüstungstechnologie importiert?
44. An welche Länder exportiert China Waffen und Rüstungstechnologie?
    a) Um welche Waffen/Rüstungstechnologien ging es dabei?
    b) In welcher Größenordnung hat China in den letzten Jahren Waffen und Rüstungstechnologie exportiert?
    c) Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Darfur- und des Nord-Süd-Konflikts in Sudan die Aussage eines sudanesischen Regierungsministers, dass China Sudans größter Waffenlieferant ist?
    d) Wie beurteilt sie Waffenlieferungen an beispielsweise Mosambik, Angola, Simbabwe, Sierra Leon, die Demokratische Republik Kongo, und an beide Seiten des eritreisch-äthiopischen Krieges?
45. Wie bewertet die Bundesregierung das Engagement von China bei VN-Peacekeeping-Operationen seit 1990 und als heutiger 13. wichtigster Truppensteller?
46. Welche Auswirkungen auf die Lage in der Region erwartet die Bundesregierung im Falle militärischer Eskalation der Spannungen zwischen dem Festland und Taiwan?
47. Wie beurteilt die Bundesregierung auch angesichts bündnispolitischer Konsequenzen die Auseinandersetzung zwischen China und den USA über eine militärische Dominanz der geostrategisch wichtigen Wasserstraßen?
48. Welchen Einfluss hat China im Zusammenhang mit einer Denuklearisierung heute auf Nordkorea, und wie macht es diesen vor allem im Rahmen der Sechser-Gespräche geltend?
49. Wie beurteilt die Bundesregierung das jüngste bislang größte Truppenmanöver mit Truppenkontingenten aller Länder der Shanghai Cooperation Organisation im August 2007?

III. Außen- und Außenwirtschaftspolitik

China und Deutschland

50. Warum gibt es bisher kein umfassendes China-Konzept der Bundesregierung?
    a) Welche Ministerien haben bisher ein eigenes China-Konzept?
    b) Soll ein Ressort übergreifendes Konzept für die Zukunft erarbeitet werden?
    c) Hält die Bundesregierung stattdessen ein umfassendes Asien-Konzept für geeigneter?
    d) Welches Ministerium sollte die Federführung für ein solches China- oder Asien-Konzept erhalten?
    e) Hält die Bundesregierung statt der Federführung eines Ministeriums die Einrichtung einer Koordinierungs- oder Beauftragtenstelle im Bundeskanzleramt für geeigneter?
51. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Koordination von China-Aktivitäten der einzelnen Ressorts?

52. Wie werden die bisherigen Aktivitäten der einzelnen Ministerien evaluiert?
    a) Welche Aktivitäten und Instrumente haben sich im Rahmen einer solchen Evaluation besonders bewährt, welche werden danach für nicht mehr geeignet angesehen?
    b) Für welche Projekte welcher Ministerien existiert bereits eine externe Evaluation, und wie beurteilt die Bundesregierung den Nutzen einer externen gegenüber einer regierungsinternen Evaluation/Monitoring einzelner Projekte?
53. Wo gibt es Überschneidungen bei den Aktivitäten der einzelnen Ressorts?
54. Welche zentralen Argumente sprechen aus Sicht der Bundesregierung für die Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Volksrepublik China, und worin besteht das strategische deutsche und globale Interesse bei dieser Zusammenarbeit?
    a) Mit welcher Begründung hat die britische Regierung angekündigt, sie wolle ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit China 2010 beenden?
    b) Gibt es von chinesischer Seite Hinweise auf ein nachlassendes Interesse an der Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit mit Deutschland?
55. Wie haben sich die Zusagen für die Entwicklungszusammenarbeit mit China seit dem Jahr 2000 in den Bereichen finanzielle und technische Zusammenarbeit jeweils entwickelt, und welche Neuzusagen sind in absehbarer Zeit geplant?
56. Plant die Bundesregierung entwicklungspolitische Dreieckskooperationen unter Beteiligung Chinas durchzuführen?
57. Wie hoch sind die Exporte deutscher Unternehmen nach China jährlich?
58. Wie hoch sind die Importe chinesischer Unternehmen in die Bundesrepublik Deutschland jährlich?
59. Wie viele deutsche Firmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in China tätig?
60. Wie hoch sind die Gewinne deutscher Unternehmen in China?
61. Welchen Anteil haben die Exporte deutscher Unternehmen bzw. Joint Ventures in China an Chinas Gesamtexporten?
62. Welche sind die lukrativsten Produktfelder deutscher Unternehmen in China?
63. Hat der Aufbau oder die Verlagerung von Produktionsstätten deutscher Unternehmen in bzw. nach China nach Einschätzung der Bundesregierung zu einem Arbeitsplatzverlust in der Bundesrepublik Deutschland geführt?
    a) Wenn ja, welche Art von Arbeitsplätzen ist davon betroffen?
    b) Wie beurteilt die Bundesregierung die langfristige Entwicklung von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf eine verstärkte Aktivität deutscher Unternehmen in China?
64. Inwiefern hat sich vor dem Hintergrund der Verlagerung von Produktionsprozessen nach Asien das Konzept der corporate social responsibility (CSR) auch in China zu einem öffentlichen Thema entwickelt?
65. Haben nach Kenntnis der Bundesregierung chinesische Institutionen und Unternehmen CSR in ihre praktische Geschäftspolitik und Strategie integriert, oder wird die Diskussion eher als importiertes Konzept verstanden?

66. Wie kann aus Sicht der Bundesregierung die chinesische Einbettung in internationale Produktions- und Wertschöpfungsketten durch Deutschland und die EU genutzt werden, die chinesische Regierung zu veranlassen, die soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen zu steigern?

67. Was unternimmt die Bundesregierung konkret, um solche Prozesse zu fördern?

68. Wie beurteilt die Bundesregierung die Effektivität von Fördermaßnahmen für kleine und mittelständische deutsche Unternehmen (KMU) in China?

    a) Wo liegen für KMU die größten Probleme bei der Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in China?

    b) Welche Verbesserungsmöglichkeiten gibt es?

69. Welchen Marktanteil haben deutsche Umwelttechnologieprodukte heute in China?

70. Wie beurteilt die Bundesregierung bestehende Exporthemmnisse für deutsche Unternehmen nach China im Bereich Umwelttechnologie und Erneuerbare Energien (EE)?

    a) Mit welchen Mittel unterstützt die Bundesregierung einen verstärkten Export speziell nach China?

    b) Welches sind die größten Exporthemmnisse im Bezug auf den chinesischen Markt?

    c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Fähigkeiten und Ressourcen deutscher Unternehmen in China, für ihre Produkte im Bereich Umwelttechnologie und EE wirksames Marketing zu betreiben?

    d) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass im Bereich von Umwelttechnologien von chinesischer Seite gerne Gesamtpakete abgenommen werden, diese aber von deutscher Seite nicht in größerem Umfang angeboten werden?

    e) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Unterstützung einer koordinierenden Stelle, die Produkte und Leistungen deutscher Unternehmen in China zu solchen Gesamtpaketen zusammenfassen könnte?

    f) Sieht die Bundesregierung verstärkten Koordinierungsbedarf von Aktivitäten zur Förderung deutscher Umwelttechnologien in China von der Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ), Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) und Außenhandelskammer (AHK)?

    g) Wie beurteilt die Bundesregierung für China die Umsetzung der Forderung aus dem Bericht der Deutsche Energie-Agentur GmbH von 2003/2004, eine Vernetzung zwischen Entwicklungs- und Erneuerbaren Energien-Branche für eine Verbreitung Erneuerbarer Energien aktiv zu fördern?

71. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten der Einführung und die Erfolgsaussichten eines deutschen Gütesiegels für Energie sparendes und umweltfreundliches Bauen in China gemäß dem dort bereits existierenden US-amerikanischen Gütesiegel?

72. In welchen Foren gedenkt die Bundesregierung eine Diskussion über die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit, Fragen der (Neu-)Verschuldung von Entwicklungsländern und der Einhaltung internationaler Standards in der Entwicklungszusammenarbeit mit China zu führen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass China zunehmend als Geber von Entwicklungsgeldern auftritt, ohne bislang in westliche Geberstrukturen, wie den Entwicklungsausschuss der OECD, integriert zu sein?

73. Welche Wissenschaftskooperationen bestehen zwischen Deutschland und China?

    a) Sind noch weitere Kooperationen geplant, und wenn ja, in welchen Bereichen?

    b) Werden dafür zusätzliche Mittel bereitgestellt?

China und die EU

74. Woran macht sich nach Einschätzung der Bundesregierung die grundsätzliche EU-Politik eines „constructive engagement“ gegenüber China insbesondere fest?

75. Unterstützt die Bundesregierung die Forderung nach einer baldigen Wiedereinsetzung einer akademischen Koordination der Expertendialoge im Rahmen des EU-chinesischen-Menschenrechtsdialogs?

76. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass China mit verschiedenen EU-Mitgliedstaaten bilaterale Dialogforen unterhält, die EU-Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Gespräche und Themen aber nicht untereinander koordinieren oder abstimmen?

77. Wie schätzt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund einer weitgehend national gesteuerten China-Politik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten die Bedeutung der EU-Asien-Strategie ein?

78. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Agenda des EU-China-Gipfels im November?

79. Wie ist der Verhandlungsstand zum EU-China-Rahmenabkommen, was soll dies enthalten?

80. Wie beurteilt die Bundesregierung den aktuellen Diskussionsstand innerhalb der EU zur Beibehaltung oder Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber China?

    Wie ist die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage?

81. Geht die Bundesregierung davon aus, dass China in absehbarer Zeit die EU als größten Handelspartner Afrikas ablösen wird, und welche Bedeutung hat dies auf die europäisch-afrikanischen Beziehungen?

China als globaler Akteur

82. Welche Rolle wird China aus Sicht der Bundesregierung künftig im globalen System einnehmen, und erwartet die Bundesregierung im Zuge der Veränderungen eher ein Agieren im Sinne eines kooperativen Multilateralismus oder einer eher traditionellen nationalen Großmachtpolitik?

83. Wie entwickelt sich aus Sicht der Bundesregierung die Eingliederung Chinas in bestehende internationale Institutionen und Regelwerke?

84. Welchen Stellenwert räumt China aus Sicht der Bundesregierung multilateralen Institutionen (Vereinte Nationen, World Trade Organisation, Weltbank) bei der Lösung globaler Fragen ein, und wo sieht China seine spezifischen Beiträge in diesem Kontext?

85. In welcher Form beteiligt sich China an der aktuellen Diskussion über die Reform des Systems der VN?

86. Hat China zu zentralen Fragen, wie der Reform des Sicherheitsrats, der Stärkung der Umwelt-Governance, der Aufwertung des Economic and Social Council (ECOSOC) und der Generalversammlung eigene Vorschläge unterbreitet, oder ist dies absehbar zu erwarten?

87. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung Chinas vor der Wahl in den VN-Menschenrechtsrat, sich in Zukunft stärker im Rahmen der VN engagieren zu wollen?

88. In welchen Ländergruppen (sog. G-Gruppen) sowie in welchen regionalen Zusammenschlüssen beteiligt sich China aktiv, und wie hat sich die Zahl bilateraler Abkommen entwickelt?

89. Welche Erwartungen verknüpft die Bundesregierung – bezogen auf China – mit dem so genannten Heiligendamm-Prozess, und welche Erwartungen hat die chinesische Seite ihrerseits formuliert hinsichtlich der Zielperspektive des Dialogs?

90. Teilt die Bundesregierung den Wunsch des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy die G8 um fünf weitere Länder zu erweitern, und sieht sie auf Seiten Chinas die entsprechende Absicht, sich in Zukunft einer erweiterten G8 anzuschließen?

91. Sind aus Sicht der Bundesregierung neue Foren notwendig, in denen insbesondere Schwellenländer wie China mit den Industrieländern kooperieren?

92. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit nach Einschätzung der Bundesregierung, dass China seine Blockade gegen einen Sicherheitsratssitz Japans aufgibt?

93. Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten Chinas hinsichtlich eines Einwirkens auf die Machthaber in Birma, ihren harten Kurs gegenüber der eigenen Opposition zu verändern?

94. Wie beurteilt die Bundesregierung die neue Afrika-Politik Chinas, die in einem White Paper Anfang 2006 vorgestellt wurde, insbesondere mit Blick auf die steigende Beteiligung an VN-Friedensmissionen einerseits und die wirtschaftlichen Interessen andererseits?

China und Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank

95. Wie hat sich die Zusammenarbeit, das Kreditvolumen der Weltbankgruppe mit China seit 2000 finanziell entwickelt, und in welchen Sektoren ist die Weltbank in China prioritär tätig?

96. Haben sich die Konditionen für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren verändert?

97. Wo sieht die Weltbank ihre zukünftige Rolle in ihrem China-Engagement, und in welchen Sektoren sollte die Weltbank aus Sicht der Bundesregierung tätig sein?

98. Sind der Bundesregierung Hinweise bekannt, dass China in naher Zukunft durch eigene Beiträge zur multilateralen Entwicklungszusammenarbeit beitragen will?

99. Welche Position bezieht China in Fragen einer Neugewichtung der Stimmverhältnisse in der Weltbank und der Besetzung hoher Posten in der Weltbank, insbesondere des Weltbankpräsidenten oder der Weltbankpräsidentin?

100. Treffen Berichte zu (IHT, 25. August 2007), dass die Weltbank aufgefordert worden ist, Statistiken auf chinesischen Druck zu entfernen, die aus einem gemeinsamen mit der chinesischen Umweltbehörde (SEPA) erstellten Bericht über eine hohe Sterblichkeit in Folge von Luftverschmutzung stammen?

101. Welche Position bezieht China in der Debatte über Neugewichtung der Stimmenverhältnisse im Internationalen Währungsfonds (IWF), und welches sind die Reformvorschläge Chinas bezogen auf die zukünftigen Aufgaben und Befugnisse des IWF?

102. In welcher Form und auf welcher Ebene beteiligt sich China an der Diskussion über regionale Währungskooperation, um im Falle von Finanzkrisen im asiatischen Raum handlungsfähiger zu sein?

China und die World Trade Organisation (WTO)

103. Welches sind aus Sicht der Bundesregierung die zentralen Veränderungen in der chinesischen Handels- und Wirtschaftspolitik infolge des Beitritts in die Welthandelsorganisation?

104. Wie hat China aus Sicht der Bundesregierung die Verpflichtungen, die mit der Aufnahme des Landes in die WTO verbunden waren, bislang umgesetzt?

105. Wie hat sich die Zahl der Anti-Dumping-Verfahren seit der Aufnahme Chinas in die WTO entwickelt, an wie vielen Fällen war China beteiligt, und wie oft wurde bei den bereits abgeschlossenen Fällen der klagenden Partei Recht zugesprochen?

106. Hat es im Falle Chinas WTO Streitfälle gegeben, die im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung von Umweltstandards europäischer Staaten stehen?

107. Wie oft hat China seinerseits die WTO angerufen, um Handelsstreitigkeiten zu klären?

108. Welche Rolle spielt China in der G20 in der laufenden Welthandelsrunde in Bezug zu anderen Entwicklungsländern und zu Industrieländern?

IV. Umwelt und Energie

Umwelt

109. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung in China Maßnahmen gegen illegale Abholzung?

   a) In welchem Umfang findet in China nach Kenntnis der Bundesregierung heute eine illegale Abholzung indigener Wälder statt?

   b) Welche Maßnahmen unternimmt nach Kenntnis der Bundesregierung die chinesische Regierung dagegen?

110. Welche Fortschritte gibt es für das chinesische Kreislaufwirtschaftsgesetz, welches im Dialog mit Deutschland entwickelt werden soll?

111. Unterstützt die Bundesregierung Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung der Wasserverschmutzung?

   Welches Ausmaß hat die Verschmutzung von Seen und Flüssen in China heute?

112. Wie schätzt die Bundesregierung angesichts des globalen Problems des Klimawandels das Wachstum Chinas als Emittent von CO_2 für die kommenden Jahre ein?

   Wie beurteilt die Bundesregierung das Ausmaß der Umweltschäden, die in China aufgrund des Klimawandels jährlich entstehen?

113. Mit welchen Projekten unterstützt die Bundesregierung China in den Bereichen Wasserressourcenschutz, Grundwassermanagement und Abwasserentsorgung?

     Welche Anreizsysteme bietet die Zentralregierung für lokale Regierungsstrukturen, Umweltschutz umzusetzen und Umweltgesetze einzuhalten?

114. Wie beurteilt die Bundesregierung die Umweltschäden in der Autonomen Region Tibet, und wie schätzt sie Bemühungen der chinesischen Regierung zu Umweltprojekten in der Region ein?

115. Wie unterstützt die Bundesregierung die Entwicklung eines Anhörungsprozesses in Umweltverfahren, und wo sieht sie hier konkreten Verbesserungsbedarf?

116. Setzt sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer Beratung zu Umweltfragen der chinesischen Regierung dafür ein, dass die chinesische Umweltbehörde SEPA Ministeriumrang erhält und mit höherem eigenen Budget ausgestattet wird, und wenn ja, wann ist damit zu rechnen?

Energie

117. Welche Veränderungen ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung für andere Ölabnehmer auf Grund der Voraussage der Internationalen Energieagentur (IEA), dass Chinas Erdöl-Importvolumen auf rund 12 Mio. Barrel/Tag bis zum Jahr 2030 zunehmen wird, nachdem die Nachfrage bereits von 5,5 Mio. Barrel/Tag im Jahr 2003 auf 7,1 Mio. Barrel/Tag im Jahr 2006 gestiegen ist?

118. Welche globalen Folgen erwartet die Bundesregierung von der geschätzten jährlichen Steigerung der Importnachfrage Chinas nach Öl von 20 Prozent bis 2020?

119. Wie ist die Einschätzung der Bundesregierung über die Gefahr der Entstehung neuer Konflikte um Ressourcen als Folge der chinesischen Energiepolitik in den Fördergebieten in Südamerika, Afrika, Südostasien und der Kaspischen Region?

120. Wie setzt sich die Bundesregierung angesichts der Konsequenzen von CO_2-Emissionen für das globale Klima und Chinas Anteil an diesen Emissionen konkret für einen sauberen Kohleabbau in China als dem weltweit größten Kohleproduzent und -verbraucher ein?

     a) Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die chinesischen Kohlepreise?

     b) Inwiefern setzt sie in diesem Rahmen auf Technologietransfer vor dem Hintergrund des Klimawandels?

     c) Wie beurteilt sie das EU „Coaching Project“ für saubere Kohlekraftwerke und das geplante „Clean Energy Centre“ der EU in Beijing?

     d) Wie aussichtsreich schätzt die Bundesregierung die Planung Chinas ein, bis zum Jahr 2025 trotz jetzigen steigenden Verbrauchs effektiv eine Reduktion des Kohleverbrauchs zu erreichen und Saubere-Kohle-Technologie in großem Umfang zu implementieren?

121. In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung die Energieeffizienzsteigerung und die Verbreitung erneuerbarer Energien in China?

122. Wie unterstützt die Bundesregierung die Möglichkeiten, den Anteil der Wasserkraft am Primärenergieverbrauch von 7 Prozent und an der Stromerzeugung von 20 bis 26 Prozent unter der Berücksichtigung der Kriterien der World Commission on Dams in China weiter zu steigern, insbesondere vor dem Hintergrund, dass China mit mehr als 5 000 Flüssen die hydroaktivste Region der Welt ist?

123. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Ausgestaltung des in China verabschiedeten Erneuerbare-Energien-Gesetzes, insbesondere hinsichtlich der Regelung von Einspeisevergütungen und des Ausmaßes der Geltung erneuerbarer Energien?

    a) Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Ausbauziele der einzelnen Arten der erneuerbaren Energien und der Effizienzziele, und welche sind dies im Detail?

    b) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die tatsächliche aktuelle Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und Effizienz?

124. Wie ist die Position der Bundesregierung gegenüber den chinesischen Plänen, zusätzlich zu den bisher existierenden 10 Atomkraftwerken 32 neue Atomkraftwerke zu bauen, für die Siemens die Technik liefern will?

125. Welche Pläne hat die Bundesregierung, das chinesische Vorhaben der nationalen Energieautonomie und der Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien auf 12 bis 15 Prozent bis 2020 konkret zu unterstützen?

126. Wie beurteilt die Bundesregierung das chinesische energiepolitische Engagement in der Kaspischen Region mit Blick auf die begrenzten Energiereserven und des eigenen Interesses an den Energieträgern für die Energiesicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der EU?

127. Wie wird die Bundesregierung die während der G8-Präsidentschaft hervorgehobene nachhaltige Nutzung von Rohstoffen thematisieren, die Transparenzinitiativen (EITI) unterstützen, und wie wird sie sich dabei mit chinesischen Akteuren über die Förderung von Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Nutzung von Ressourcen beraten?

V. Kultur

128. Wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit des Goethe-Instituts und anderer Mittlerorganisationen (DAAD, Alexander von Humboldt-Stiftung, ifa, etc.) in China?

    a) Wo sieht die Bundesregierung neue Möglichkeiten der kulturellen Zusammenarbeit und des kulturellen Austauschs mit China?

    b) Wo liegen nach Einschätzung der Bundesregierung die größten Interessen Chinas hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit den deutschen Mittlerorganisationen?

    c) Wie beurteilt die Bundesregierung bestehende Aktivitäten im Bereich interkulturelle Zusammenarbeit, wo sieht sie Vertiefungsmöglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit?

    d) Wie beurteilt die Bundesregierung die bestehenden Angebote des Goethe-Instituts an China im Bereich Kulturmanagement/Kulturadministration, wo sieht sie Möglichkeiten eines weitergehenden Engagements?

    e) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, ein Goethe-Institut in Shanghai zu eröffnen?

129. Wie beurteilt die Bundesregierung bestehende Kooperationen zwischen China und Deutschland im Bereich Jugend- und Hochschulaustausch, wo gibt es nach ihrer Einschätzung Vertiefungsmöglichkeiten?

130. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausweitung der chinesischen Kulturarbeit sowie die Gründung von Konfuzius-Instituten in mehreren Ländern der Welt, und wie viele dieser Gründungen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung?

131. Plant die Bundesregierung Kooperationen und gemeinsame Projekte mit dem Kulturinstitut Chinas, das im November 2007 in Berlin eröffnet werden soll?

Berlin, den 15. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333